

## Follow-Up zu den delegierten Rechtsakten der GAP-Reform im Europäischen Parlament

### Sachstand

Am 2. April fand eine Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit zwischen der Kommission, den Koordinatoren, den Berichterstattern und den Schattenberichterstattern zur GAP-Reform statt.

Hintergrund: Nach der Veröffentlichung der delegierten Rechtsakten zur GAP-Reform durch die Kommission kritisierten EVP, ALDE, ECR und einige Sozialisten die Komplexität der Reform, die sie durch ihre eigenen Ausnahmeforderungen verursacht hatten.

Um vom eigenen Verschulden abzulenken, haben insbesondere die Mitglieder der EVP-Fraktion eine Initiative gestartet, die das vermeidliche Ziel hatte, die Agrarreform scheitern zu lassen. EVP, ECR und die Ultrarechten (EFD) kündigten an, in Entschlüssen ihre Kritikpunkte an den delegierten Rechtsakten darzulegen.

Zu jeder der insgesamt zehn delegierten Rechtsakten (DA) wurden Entschlüsse eingereicht. An drei Entschlüssen beteiligte sich die EVP-Fraktion (zu Direktzahlungen und integriertem Verwaltungs- und Kontrollsystem und Cross-Compliance Regelungen sowie zu ländlicher Entwicklung). Drei Entschlüsse wurden unter Beteiligung der ECR-Fraktion eingereicht. An allen Entschlüssen hat sich die EFD-Fraktion beteiligt. Bei Annahme nur einer der Entschlüsse im Plenum, würde die GAP weiter verzögert und könnte auch 2015 nicht in Kraft treten.

In dieser Sitzung erläuterte die Kommission, dass sie zu gewissen Zugeständnissen bereit sei, um die Mehrheit der Abgeordneten des EP zur Zustimmung zu bewegen. Das Ziel der KOM sei es, alle DA in Kraft treten zu lassen, damit die GAP-Reform fristgerecht umgesetzt werden kann.

Die KOM ist konkret bereit, bezüglich der DA für die Direktzahlungen den Gewichtungsfaktor für stickstofffixierende Pflanze von 0,3 auf 0,7 anzuheben. Damit wolle die KOM der Kritik entgegen treten, dass sich der Anbau von stickstofffixierenden Pflanzen auf ÖVF nicht lohne. Im kommenden Jahr solle dann eine Evaluierung aller DA erfolgen.

Für die technische Umsetzung des Angleichung der DA zu den Direktzahlungen gibt es verschiedene Möglichkeiten, über die noch entschieden werden muss (z. B. Einreichung eines Änderungsantrags; Versprechen der KOM, nach Inkrafttreten der jetzigen DA zu Direktzahlungen im Sommer eine entsprechende Änderung vorzunehmen).

Die breite Mehrheit der konservativen Abgeordneten, die die DA in den vergangenen zehn Tagen für eine Anti-EU Kampagne nutzte, scheint mit dem Vorschlag im Prinzip einverstanden zu sein und gab an, einzulenken. Anders die Ultrarechten, die geschlossen gegen alle DA stimmen wollen sowie die britischen ECR, die sehr wahrscheinlich gegen die DA zu Obst und Gemüse stimmen werden.

Da die Ultrarechten sich gegen das Zurückziehen der eingereichten Entschlüsse stemmen, wird in der kommenden Agrarausschusssitzung über alle zehn Entschlüsse abgestimmt. Bleibt die EVP bei ihrer Ankündigung, muss sie gegen ihre eigenen Entschlüsse stimmen.

Wir Grüne werden im Agrarausschuss gegen die zehn eingereichten Entschlüsse stimmen.

### Grüne Sicht:

Wir Grüne kritisieren, dass diejenigen, die nun Manöverkritik an der GAP-Reform ausüben auch diejenigen sind, die durch ihre Forderungen nach Ausnahme- und Sonderregelungen die gesamte GAP extrem verkompliziert und bürokratisiert haben.

Die EVP-Fraktion betreibt ein heikles Spiel, insbesondere der EVP-Sprecher Albert Deß. Er betreibt ein doppeltes Spiel, populistisch die Kommission anzugreifen und gleichzeitig davon abzulenken, dass er genau diese Reform so herunter gekocht hat.

Wir Grüne kritisieren das fehlende klare Verbot was den Einsatz von Pestiziden beim Anbau von Leguminosen auf ÖVF anbelangt und hoffen auf die Mitgliedstaaten, die ein Pestizidverbot erlassen können.

Würde die Mehrheit im Parlament gegen mindestens eine DA stimmen, könnte die Reform 2015 nicht in Kraft treten.